

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

13. März 1952

Blatt 353

Wohnbautagung im Rathaus

=====

13. März (Rath.Korr.) Heute vormittag begann im Stadtsenats-sitzungssaal des Wiener Rathauses die 3. Wohnbautagung der Österreichischen Gesellschaft für Wohnungswirtschaft und Siedlungswesen. Die Tagung ist für zwei Tage anberaumt. Ihre Aufgabe ist es, die Probleme der Wohnungswirtschaft im Kreis der Fachleute und Interessenten zu besprechen und daraus die praktischen Folgerungen zu ziehen. Namhafte Vertreter ihres Aufgabengebietes gaben in kurzen Referaten einen Überblick über die verschiedenen Probleme der Wohnungswirtschaft.

An der Eröffnung der Tagung nahmen als Ehrengäste Bundespräsident Dr. h. c. Körner, Bundeskanzler Ing. Dr. h. c. Figl, Handelsminister Böck-Greissau, in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger sowie die Mitglieder des Stadtsenates teil. Der Präsident der Gesellschaft, Architekt Prof. Dr. Schuster, eröffnete die Tagung und begrüßte die Erschienenen. Er betonte, daß die Fragen, die heute erörtert werden, für das Wohl der Bevölkerung und damit für das Wohl unseres Staates von größter Bedeutung sind. Die Österreichische Gesellschaft für Wohnungswirtschaft und Siedlungswesen ist ernstlich bemüht, die oft sehr komplizierten Fragen auf diesem Gebiet in überparteilicher Weise zur Diskussion zu stellen und zu einer allgemein befriedigenden Lösung zu bringen.

Bundespräsident Dr. h. c. Körner sagte, die Probleme über die hier beraten wird, seien ihm aus der Zeit, als er Bürgermeister von Wien war, vertraut und bekannt. Der Bundespräsident gab dann einigen grundsätzlichen Gedanken Ausdruck, die sich an die drei Hauptprobleme des Wohnbaues knüpfen: Behebung des Defizits an Wohnungen; Förderung der Wohnkultur und schließlich das Problem

der Finanzierung.

Für den Wohnungsmangel nahm der Bundespräsident Wien als Beispiel. In den letzten dreißig Jahren entstand in der Bundeshauptstadt trotz der Wohnbautätigkeit der Gemeinde ein Defizit von 150.000 Wohnungen. Die Finanzkraft der öffentlichen Hand allein reicht nicht hin, um diesen Mangel zu beheben. Es gilt also, die private Wohnbautätigkeit wieder möglich zu machen, vor allem aber auch jede Bewegung zu fördern, die das private Sparkapital zum sozial wertvollen Bauen veranlaßt.

Das Bestreben nach Wohnkultur hat ursprünglich überhaupt den Anstoß zum sozialen Wohnhausbau gegeben. Prof. Tandler verlangte immer wieder nach Luft, Licht und Sonne für die Wohnungen der Werktätigen. Das Problem war und ist, nicht nur genügend viele sondern zugleich gesunde Wohnungen herzustellen, die aber auch für den Arbeiter erschwinglich sind.

Den beiden Forderungen nach Hygiene und Billigkeit kann der Wohnungsbau der öffentlichen Hand entsprechen, er kann aber allein der Wohnungsnot nicht völlig abhelfen. Entsprechend dem Grundsatz, daß jeder Staatsbürger nicht nur das Recht auf Brot und Arbeit sondern auch das Recht auf ein Dach besitzt, hat die öffentliche Bautätigkeit dem Arbeiter Helfer zu sein. Diese Aufgabe wurde ergänzt durch das Streben nach dem Eigenheim. Es gilt nun, entsprechende finanzielle Grundlagen für beide Systeme zu schaffen, in denen sich zugleich die Stellung der beiden großen Parteien gegenüber dem Wohnungsproblem widerspiegelt. Vorsorgliche Planung wird hier wie dort notwendig sein. Die acht Ministerien, die sich heute jedes für sich mit Wohnbaufragen beschäftigen, müssen bei der Schaffung der notwendigen Gesetze zusammenfinden. Bund, Länder und Gemeinden müssen gemeinsam für die richtige Organisation sorgen. Das Privatkapital muß ermutigt werden, sich in diese Organisation einzufügen, statt wie es jetzt so oft geschieht, durch wilde Siedlungen nur überflüssige Aufschließungskosten zu verursachen.

Abschließend wünschte der Bundespräsident der Tagung einen erfolgreichen Verlauf zum Besten des Landes und der zukünftigen Wohlfahrt seiner Bewohner.

Bundeskanzler Ing.Dr.h.c. Figl anerkannte die Bedeutung des Wohnungsproblems, dessen Lösung die Voraussetzung für Familien-

Glück, für die Gesundheit des Volkes und für den sozialen Frieden ist. Der Bundeskanzler unterstrich nachdrücklich das Recht jedes Staatsbürgers auf eine gesunde Heimstätte. Abschließend gab er die Versicherung, daß die Bundesregierung die Bemühungen und Bestrebungen der Gesellschaft unterstützen werde und wünschte der Tagung einen vollen Erfolg.

Minister Böck-Greissau schloß sich den Ausführungen des Bundeskanzlers im Namen seines Ministeriums an und gab gleichfalls seiner Hoffnung auf gutes Gelingen der Tagung Ausdruck.

Als Hausherr sprach Vizbürger-^{meister}/Honay in Vertretung des Bürgermeisters und im Namen des Städtebundes. Er erinnerte an den Versuch der Gemeinde Wien nach 1923 durch den Bau von Wohnungen aus Steuermitteln das Wohnungsproblem zu lösen. Der Versuch wurde durch den Weltkrieg unterbrochen. Heute wissen wir, daß alle Kreise in Österreich an der Lösung des Wohnungsproblems mitarbeiten müssen.

Zusammenfassung der Wohnungswirtschaft in Österreich

Im ersten Referat der Tagung sprach der Vizepräsident der Gesellschaft Dr. Huber über die Zusammenfassung und Systematik der Wohnungswirtschaft in Österreich. Er machte konkrete Vorschläge zur zweckentsprechenden Ordnung der Wohnungswirtschaft, um einen entsprechenden Erfolg zu gewährleisten. Es bedürfe der Zusammenfassung aller Kräfte, vor allem einer Koordinierung des Behördenapparates. Der Wille zur Selbsthilfe in vielen Kreisen unserer Bevölkerung muß durch staatliche Förderung unterstützt werden. Als geeignete Maßnahmen schlug der Redner in seinem Referat die Einsetzung eines wohnungswirtschaftlichen Beirates der Bundesregierung vor, dessen Aufgabe es sein müßte, der Regierung entsprechende Maßnahmen zu einer wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot vorzuschlagen. Daneben müssen die zurzeit in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Maßnahmen betreffend die Wohnbauförderung in einem einheitlichen Wohnbauförderungsgesetz zusammengefaßt werden. Ferner ist die Bereitstellung langfristiger Kredite für den Wohnhausbau notwendig, die Förderung der Spartätigkeit und Maßnahmen zur einheitlichen Verteilung der für den Wohnhausbau bestimmten Mittel. Der Redner vertrat schließlich die Schaffung eines Grundbeschaffungsgesetzes sowie eine allgemeine Neuregelung der Miet-

zinsberechnung.

Zu diesem grundsätzlichen Referat sprachen nun eine Reihe von Delegierten. Die Bürgermeister Dr. Koref (Linz), Tinhof (Eisenstadt) und Meirer (Lienz) sprachen über die Wohnungswirtschaft und die Gemeinde. Andere Kurzreferate beschäftigten sich mit den gemeinnützigen Wohnungsvereinigungen, mit der Förderung der Wohnungswirtschaft aus öffentlichen Mitteln, mit dem Hypothekenmarkt, mit den Bausparkassen, der Mietzinsbildung, dem Baugewerbe und mit Problemen der Bauarbeiter.

Senkung der Baukosten

Das Abschlußreferat hielt Architekt Prof. Schuster, der über die Senkung der Baukosten durch überlegte Planung sprach. Grundsätzlich darf eine Senkung der Baukosten nicht durch Verminderung der Wohnqualität erreicht werden. Die kulturellen Gesichtspunkte müssen gegenüber den finanziellen und bauökonomischen den Vorrang behalten. Gespart kann jedoch durch systematische, planvolle Maßnahmen ohne weiteres werden. Jede Streusiedlung und abseitige Einzelbauten müsse man verhindern, um die Erschließungskosten möglichst niedrig zu halten. Ökonomische Bebauungspläne müssen die wirtschaftlichste Nutzung der Gemeindegebiete sichern. Die geschlossene, organisch und wirtschaftlich richtig in das Ortsgefüge und in die Landschaft eingeordnete Hausgruppe und Siedlungsanlage ist daher vom städtebaulichen Standpunkt aus anzustreben. Ferner kann durch Anwendung kostensparender Baumethoden und Ausführungsarbeiten eine erhebliche Einsparung erzielt werden.

Pferdemarkt vom 10. März

=====

13. März (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 253 Schlächterpferde, Summe 233. Bezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen 5.70 S. Alle Preise plus saisonbedingtem Aufschlag. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 5, Niederösterreich 58, Oberösterreich 32, Burgenland 11, Steiermark 26, Salzburg 7, Kärnten 33, Tirol 2. Ausland: Jugoslawien 59.

Ferkelmarkt vom 12. März
=====

13. März (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 216 Ferkel, von denen 200 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 245 S, 7 Wochen 276 S, 8 Wochen 308 S, 14 Wochen 441 S.

Der Marktbetrieb war sehr roge.

Schweinemarkt vom 13. März, Nachmarkt
=====

13. März (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb: 220 inländische Fleischschweine, verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 131 inländische Fleischschweine. Die aufgetriebenen Tiere wurden bei lebhafter Nachfrage zum Preis von 14 S je Kilogramm Lebendgewicht verkauft.

Rindermarkt vom 13. März, Nachmarkt
=====

13. März (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb aus dem Inland: 7 Ochsen, 32 Stiere, 97 Kühe, 8 Kalbinnen, Summe 144. Verkauft wurde alles. Bei anfangs lebhafter, später schleppendem Marktverkehr ermäßigten sich die Preise im Vergleich zum dieswöchigen Hauptmarkt um durchschnittlich 40 bis 50 Groschen.

Weidnermarkt vom 13. März
=====

13. März (Rath.Korr.) Angeliefert wurden 121 Stück Rindervierteln zum Preis von 14 bis 19 S, 471 Kälber um 12 S, 351 Schweine zum Preis von 17 bis 18.50 S, 106 Kitze zum Preis von 14 bis 16 S, 67 jugoslawische Schweine (nicht abgezogen) zum Preis von 19 bis 19.22 S. Die gesamte angelieferte Ware wurde abverkauft.

Wohnbautagung appelliert an die Regierung
=====

13. März (Rath.Korr.) Am Schluß der 3. Österreichischen Wohnbautagung, die heute im Wiener Rathaus stattgefunden hat, wurde nach eingehender Debatte einstimmig eine Resolution beschlossen, in der an die Bundesregierung die Aufforderung gerichtet wird, das Wohnungsproblem einer raschen Lösung zuzuführen. Die 3. Österreichische Wohnbautagung richtet insbesondere an die Bundesregierung den flammenden Appell, die im Bundesbudget 1952 für den Wohnungsbau und für den Wohnhauswiederaufbau eingestellten 200 Millionen Schilling ehestens und unter allen Umständen für diese Zwecke freizugeben.